

USA und Mittelamerika

Die massive militärische Intervention der Amerikaner in Vietnam erregt allenthalben die Gemüter. Analoge Fragen über Zweck- und Rechtmäßigkeit solcher Interventionen erheben sich auch im Hinblick auf die erst jüngst vergangenen Ereignisse in der Dominikanischen Republik und dem mittelamerikanischen Raum im allgemeinen. John N. Plank, früherer Direktor des „Office of Research and Analysis for the American Republics“ im State Department, vertritt dazu in der Oktober-Nummer der „Foreign Affairs“ einige bemerkenswerte Ansichten („The Caribbean: Intervention, when and how?“ pp. 37–48). Wir geben die Grundgedanken seiner Ausführungen.

Die Vorgänge in der Dominikanischen Republik sind schon Geschichte, Geschichte aber, die sich wiederholen kann in anderen Ländern Mittelamerikas, Haiti zum Beispiel, Guatemala, Panama oder Honduras. Diese Länder liegen in einer Zone, die für die USA von lebenswichtiger Bedeutung ist. Eine kommunistische Machtergreifung in diesen Ländern können die Vereinigten Staaten unter keinen Umständen dulden. Wie sie verhindern? Präventive Intervention, wie im Fall der Dominikanischen Republik, ist ein Mittel. Ist sie aber ratsam?

Ein genauer Blick auf die für eine Intervention überhaupt in Frage kommenden Staaten: El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Costa Rica, Panama, Haiti, Venezuela und die Dominikanische Republik, zeigt die große Verschiedenheit dieser Staatswesen und macht deutlich, daß man mit ihnen nicht nach einem Einheitsrezept umgehen kann. Er zeigt weiter, daß in einer Anzahl dieser Staaten die Chancen der Kommunisten beträchtlich sind, aber von je verschiedener Art. Er zeigt aber auch, daß demokratische Wertvorstellungen und Praktiken im mittelamerikanischen Boden fassen können und daß man mit verantwortlicher, effektiver, feinfühligster Politik, mit konstruktiven Regierungsplanungen, Rücksicht auf soziale Gerechtigkeit und Respekt für fundamentale Menschenrechte der kommunistischen Gefahr begegnen und sie verringern kann. Costa Rica läßt das sehr deutlich erkennen, auch Venezuela und, mit einigem Abstand, El Salvador. Die Lage in Haiti, Panama, Guatemala und Honduras freilich ist prekär, die kommunistische Gefahr ständig anwesend. Wie sollen die US reagieren, wenn dort der Funke springt?

Das Dilemma Intervention-Nichtintervention ist peinlich. Denn in gewissem Sinn gewinnen die Kommunisten in jedem Fall: Intervenieren die US, richtet sich die Weltmeinung gegen sie und, noch bedeutsamer, die nationalen Kräfte des betreffenden Landes werden den fremden Eindringling mit der Verantwortung für das nationale Schicksal beladen. Intervenieren sie nicht, gewinnen die Kommunisten nicht nur neuen Boden in der amerikanischen Hemisphäre – mit entsprechenden strategischen Einbußen auf amerikanischer Seite –; schließt sich nicht nur die kommunistische Mausefalle hinter einem vergewaltigten Volk und macht dessen politischer und sozialer Bewegungsfreiheit ein Ende. Die Kommunisten würden auch bewiesen haben, daß die amerikanischen Versicherungen, im mittelamerikanischen Raum kein neues kommunistisches Regime mehr zu dulden, leeres Gerede sind. Die Folge wäre eine empfindliche Schwächung des amerikanischen Prestiges. – Dennoch, so meint Plank, sei Intervention der Nichtintervention klar vorzuziehen, solange die US-Außenpolitik auf den kalten Krieg zugeschnitten ist und amerikanische Soldaten in Asien mit Kommunisten im Kampf stünden.

Man hat nach der Krise in der Dominikanischen Republik an die Bildung einer ständigen Inter-amerikanischen Streitmacht unter OAS (Organisation of American States) Kontrolle gedacht, die in solchen Fällen eingreifen sollte. Dahinter stand natürlich die Überlegung, daß eine multi-laterale, all-amerikanische Intervention der Weltmeinung weniger anstößig und für den betroffenen Staat annehmbarer sei als eine einseitige US-Aktion. Eine solche Streitmacht würde demonstrieren, daß das Urteil über angebliche kommunistische Machtergreifungen auf

viele Parteien verteilt ist. Sie würde nicht nur US-Truppen, sondern Soldaten auch aus anderen OAS-Staaten in das betroffene Land bringen.

Es ist jedoch höchst wahrscheinlich, daß die Weltmeinung auch eine Streitmacht dieser Art als ein US-Geschöpf betrachten würde. Und es gibt noch viel weniger Grund anzunehmen, daß z. B. die guatemalische Öffentlichkeit Truppen etwa aus General Stroessners Paraguay wärmer empfangen würde als die Soldaten der Vereinigten Staaten. Deshalb und auch noch aus anderen Gründen ist es ganz unwahrscheinlich, daß die Errichtung einer solchen Streitmacht von der OAS gebilligt würde.

Müssen sich also die Vereinigten Staaten damit abfinden, das unangenehme Geschäft der Intervention selbst zu erledigen? Die Antwort auf diese Frage ist wohl ein Ja, wenn es sich um Präventivintervention handelt, wie im Fall der Dominikanischen Republik. Eine Intervention dieser Art muß mit größter Schnelligkeit inszeniert werden; denn ihr Zweck ist ja gerade, in die Krise einzugreifen, ehe die Kommunisten Gelegenheit bekommen, deren Möglichkeiten voll auszunützen. Eine vorausgehende Konsultation der Mitglieder der OAS kann in einem solchen Fall sehr wohl unmöglich werden, die nachträgliche summarische Information – wie im Fall der Dominikanischen Krise – allein übrigbleiben.

Vieles spricht jedoch dafür, meint Plank, das Mittel der präventiven Intervention überhaupt fallen zu lassen. Wenn man die politische Situation in den vier Staaten betrachtet, in denen eine Intervention am ehesten akut werden kann: Haiti, Guatemala, Honduras und Panama, dann muß man sagen, daß eine solche Intervention unnötig, ja äußerst unklug sein würde. Warum sollten die US z. B. in Haiti die Kommunisten im Krisenfall nicht an die Macht lassen? Ihnen mindestens so viel Zeit geben, daß kein Zweifel mehr aufkommen kann über die Natur und die Absicht ihrer politischen Aktivität? Kommunistische Machtübernahme in Haiti würde keineswegs den Verlust des Landes bedeuten. Noch monatelang danach wäre die neue kommunistische Regierung höchst verwundbar durch direkte US-Intervention oder eine angemessen unterstützte Invasion von Exil-Haitianern! Auch Castros Herrschaft in Cuba – einem verhältnismäßig hoch entwickelten Land – war viele Monate nach seinem Einzug in Havana noch keineswegs wirksam befestigt.

Es geht also nicht darum, eine US-Intervention so lange hinauszuzögern, bis sich ein kommunistisches Regime mit seinem totalitären Apparat gefestigt und eingelaufen hat. Aber man sollte mit der Intervention so lange zuwarten, bis den anderen amerikanischen Staaten und der Welt die Konturen des entstehenden Regimes erkennbar sind. – Im Fall der Dominikanischen Republik hat der Präsident der Vereinigten Staaten und seine Berater der Welt gesagt, daß die Gegner General Wessin y Wessins kommunistisch beherrscht werden, aber die Welt konnte es wegen Mangel an faktischer Evidenz nicht glauben.

Im Fall von Honduras und Guatemala ist das Argument gegen präventive Intervention noch stärker. Denn die Konstellation der Kräfte in diesen Ländern ist so, daß man beim Ausbruch politischer Gewaltsamkeiten nicht von vornherein annehmen kann, sie würden von Kommunisten kontrolliert und zu ihren Gunsten entschieden. Die Kommunisten sind in diesen Ländern nicht die Einzigen, die radikale Reform predigen und, unter verzweifelte Umständen, zur Gewalt greifen, um sie herbeizuführen.

Was nützt, ist Klugheit. Die Vereinigten Staaten müssen die Weltmeinung respektieren. Sollte sich in Mittelamerika wirklich ein kommunistisches Regime etablieren, das als solches erkennbar ist, dann weiß man, daß die Vereinigten Staaten sein Überleben nicht dulden werden. Steht es aber nicht fest, ob ein neues Regime kommunistisch ist oder nicht, dann soll man das Letztere annehmen. Vor allen Dingen muß man den Kurzschluß vermeiden, daß alle revolutionären Bewegungen assoziiert waren. Wäre der US-Intelligence Service 1930 so allergisch gegen jeden Anschein von kommunistischer Tätigkeit gewesen wie heute, dann wäre Romulo Betancourt, der

heute sein Land mit starker Hand in eine Demokratie überführt, niemals Präsident von Venezuela geworden!

Die Vereinigten Staaten stehen für die politische Demokratie, die soziale Gerechtigkeit, das wirtschaftliche Wohlergehen, die Würde des Individuums. Wenn diese Identifizierung unglaublich wäre, hätten die Staaten ihre Sache in Mittelamerika verspielt.

Das Wasser – Chinas Lebensader

Vom Jahre 206 v. Chr. bis 1936 n. Chr. hat China 1035 Trockenperioden und 1037 Überschwemmungen erlitten. Der Kampf um und gegen das Wasser durchzieht die chinesische Geschichte. Auch die kommunistische Regierung muß ihn aufnehmen, und sie, die den zähen, von vielen Mißerfolgen begleiteten Kampf der früheren Regierungen als Mißerfolg kapitalistischer und feudaler Regierungsformen hinstellte, muß mehr und mehr erkennen, daß gegen die Urelemente des Himmels mit Ideologien wenig ausgerichtet ist.

Schon 1949 hatte die Regierung eine Konferenz für Wasserwirtschaft einberufen, die neben einigen Sofortmaßnahmen eine großzügige Planung auf weite Sicht vorschlug. In den nächsten Jahren hörte man wenig, und es scheint, daß vor allem Vorbereitungsarbeiten geleistet wurden. Diese kamen im ersten Fünfjahresplan von 1953–1957, wenn auch mit Verspätung, ans Licht der Öffentlichkeit. Folgende große Projekte sollten entweder weitergeführt oder in Angriff genommen werden:

1. Die schon begonnene Regulierung des Hwai sollte fortgesetzt werden.
2. Der Hwangho sollte unter Kontrolle gebracht und ausgebaut werden (vgl. diese Zschr. 173 [1963/64/66]).
3. Die Dämme des Yangtse sollten verstärkt werden.
4. Mit den Planungsarbeiten für den Hai und seine Nebenflüsse, sowie für einige andere Flüsse sollte begonnen werden.
5. Ebenso sollte mit den Planungsarbeiten für den Liao begonnen werden.
6. Schließlich sollte das Bewässerungssystem ausgebaut und verbessert werden. (Während es sich in Süddchina nur um eine Zusatzbewässerung für die dem Reisbau dienenden Naßfelder handelt, wird die künstliche Bewässerung vor allem in Nordchina durchgeführt.)

Dieser erste Fünfjahresplan enthielt noch große Projekte, deren Planung vermutlich auf sowjet-russische Mithilfe zurückging.

Ein Wandel zeichnet sich von 1957 ab. Der Nachdruck wurde nicht mehr auf große Projekte gelegt, sondern auf kleine und mittlere. Mit den herkömmlichen, oft sehr primitiven Mitteln, mit dem örtlichen Kapital, vor allem mit den Menschen, die nahezu in unzähligen Massen zur Verfügung standen, sollten kleine und mittlere Bewässerungssysteme errichtet werden. Nach chinesischen Angaben stieg die Zahl der bei solchen Arbeiten Beschäftigten im Januar 1958 auf 100 Millionen. Ein ganzes Volk auf der Suche nach Wasser!

In den nächsten Jahren, vor allem nach 1960 wird es auffällig still um diese Arbeiten, 1963 und 1964 erscheinen noch einmal einige Erlasse, die aber keine neuen Projekte vorsehen, sondern nur die alten etwas verbessern. Ist es die Atombombe, die das Wasser ersetzen soll?

Was ist erreicht worden? Nach Angaben der Regierung wurden von Mai 1954 bis Juli 1958 18 neue Staubecken an Flüssen errichtet, die leicht über die Ufer treten. Ihr Fassungsvermögen liegt zwischen 82 Millionen cbm und 4000 Millionen. In der Inneren Mongolei wurden 16 Staubecken errichtet, deren Fassungsvermögen zwischen 10 Millionen cbm und 156 Millionen liegt. 1960 gab die Regierung bekannt, daß über 12 große Schleußen errichtet wurden, vor allem am Gelben Fluß. Nach denselben Angaben wurden zwischen 1950 und 1958 mehr als 70 000 Millionen cbm Erd- und Bauarbeiten auf diesem Gebiet geleistet, meist mit den einfachsten Mitteln.